

# zfsö

## ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Dieter Fauth **3** Martin Luthers Zinskritik als Chance und Belastung für heutige Geldreformbestrebungen
- Hans Günter Wagner **11** Zwischen Vernunft und Emotion  
Wirtschaftsethische Paradigmen (I)
- Beate Bockting **21** Negativzinsen: Erkenntnisstand bei einer Konferenz der Brookings-Denkfabrik
- Ulrich Kriese **30** Grundsteuerreform – Die Politik in der Sackgasse?
- Christiane Schwarz **33** Die Landfrage – Kernpunkt des Konflikts in Kolumbien
- Hans-Jürgen Burchardt **40** Agrargenossenschaften in Kuba – Mit angezogener Handbremse in die Zukunft
- Dirk Löhr **49** „Tinbergen reloaded“: Mehrfache Dividende oder mehrfache Neutralität?
- Ulrich Schachtschneider **63** Ökologisches Grundeinkommen – Freiheitliche Umwelt- und Sozialpolitik
- 71** Bücher – Veranstaltungen

# Agrargenossenschaften in Kuba: Mit angezogener Handbremse in die Zukunft

Hans-Jürgen Burchardt

Noch vor einem Jahr schienen der Besuch Barak Obamas und ein Konzert der Rolling Stones neue Zeiten auf der Karibikinsel anzukündigen. Seitdem hat sich die Großwetterlage dramatisch verändert: In der US-Kubapolitik überwiegen wieder aggressive Töne, der treue Bündnispartner Venezuela ist bankrott und seine Erdöllieferungen am Versiegen. Erneut steht die Insel am Rande eines wirtschaftlichen Absturzes. Dabei hatte die Regierung von Raúl Castro schon 2011 darauf hingewiesen, dass viele Ursachen von Kubas ökonomischer Schwäche hausgemacht sind und die Insel untergeht, wenn sie sich nicht wandelt. Auf dem VI. Kongress der Kommunistischen Partei Kubas wurden im April 2011 darum umfangreiche Wirtschaftsreformen verabschiedet, die unter dem Motto „Ohne Eile, aber ohne Pause“ zu einer Modernisierung der maroden Wirtschaftsstruktur führen sollten. Eines der wichtigsten Ziele, die seither verfolgt werden, sind Agrarreformen, die die Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln verbessern und die über Importsubstitutionen helfen sollen, das drastische Außenhandelsdefizit Kubas abzubauen. Die fruchtbare Karibikinsel importiert seit längeren rund 80% aller konsumierten Lebensmittel und muss dafür heute deutlich mehr als ein Drittel der Deviseneinnahmen aufbringen, die durch Exporte erwirtschaftet werden. Eine besondere Bedeutung wird bei diesen Reformen dem Genossenschaftssektor zugewiesen. Der folgende Beitrag stellt die historische und aktuelle Entwicklung der kubanischen Agrargenossenschaften vor und zeigt Perspektiven, die auch für uns relevant werden könnten.

## Tropensozialismus: Landwirtschaft als Schicksal?

Die Landwirtschaft Kubas hat historisch immer eine außergewöhnliche Rolle gespielt. Die Agrarexporte von Tabak, Zucker und Kaffee sowie die Sklavenimporte Kubas waren vor mehr als 150 Jahren die wichtigste Achse des Welthandels und gaben der Expansion des Weltmarktes Antrieb. Denn im 18. Jahrhundert wurde mit der Einführung der Plantagenwirtschaft in Kuba ein auf Rohstoffexporte basierendes Wirtschaftsmodell weiter vertieft, das gleichzeitig agrarischen und semi-industriellen Charakter hatte und dessen Strukturen viele Länder der Region beeinflussten – und vermutlich auch für die europäische Industrialisierung zentrale Impulse setzten. Dieser koloniale Latifundismus benötigte zu seiner Ausdehnung immer mehr billige Arbeitskräfte; er zeichnete sich also einerseits durch einen chronischen Arbeitskräftemangel aus, der durch die Sklaverei „gelöst“ wurde. Andererseits war die Agrarproduktion primär exportorientiert und führte zu einer Mangelversorgung durch eigene Lebensmittel. Durch dieses latifundistische Akkumulationsmodell wuchs auf der Insel zwar eine agrarische, aber nicht eine landwirtschaftlich-bäuerliche Wirtschaftsformation heran, die ihre besten Anbaugelände der Exportproduktion unterordnete und alle wichtigen Güter für die Funktionsfähigkeit des Landes importierte (Zeuske 2015).

Auch in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts gelang es nicht, diese beiden Strukturdefizite des 400-jährigen kolonialen Erbes zu über-

winden. So sah sich die kubanische Revolution von 1959 mit dem Problem konfrontiert, auf die Landfrage, die Beschäftigungspolitik und auf die Importabhängigkeit neue Antworten zu finden. Obwohl sich die Revolutionsführung dieser Herausforderung mit großer Ernsthaftigkeit stellte (Aranda 1968), hatte sie nie eine glückliche Hand mit ihrer Landwirtschaft. Nach einer kurzen Etappe der Diversifizierung der Agrarproduktion (1960-1962), die auf Kosten einer Reduzierung der Zuckeranbauflächen stattfand, ging sie zu einer massiven Verstaatlichung des Agrarsektors und einer Priorisierung der Zuckerproduktion über. In zwei Agrarreformen 1959 und 1963 wurden erst die großen Landbesitzungen und später die mittelständischen kubanischen Betriebe enteignet und in großflächige Staatsfarmen umgewandelt (Burchardt 2000; Zeuske 2016). Vor allem mit der zweiten Enteignungswelle wurde nicht nur eine der Revolution teilweise feindlich gesinnte Schicht entmachtet, sondern auch die bäuerliche Produktions- und Handelskultur außerhalb des Latifundismus eliminiert. Unter dem Motto „Je mehr Staatseigentum, desto mehr Sozialismus“ waren 1963 rund 70% der Anbaufläche der Insel verstaatlicht und die meisten der dort Beschäftigten Lohnarbeiter. Im Grunde hat es in Kuba darum faktisch nie eine größere Landverteilung gegeben – stattdessen gingen die Landfarmen der Großgrundbesitzer und der nationalen Landbourgeoisie in die Hände des Staates über. Mit anderen Worten: auf den kolonialen und „neokolonialen“ Latifundismus folgte fast bruchlos ein staatlicher Latifundismus, der sich von seinen Vorgängern allerdings stark durch seine sozialen Spezifika unterschied. Da es im Gegensatz zu anderen sozialistischen Ländern in Kuba aber keine Zwangskollektivierung gab, blieb rund ein Fünftel der landwirtschaftlichen Nutzfläche kleinbäuerlicher Privatbesitz. Während letzterer immer mehr an Bedeutung verlor, begannen die staatlichen Farmen die Landwirtschaft zu dominieren. Es handelte sich hierbei um gigantische Komplexe mit einer Größe bis zu 28.000 Hektar, die den Mittelpunkt einer in den 1960er Jahren eingeleiteten „Agroindustrialisierung“ bildeten (Valdés 2009).

Der Anbau der zentralisierten Agrarflächen wurde hochgradig mechanisiert, die Arbeitsplätze humanisiert. Es drehte sich um eine fordistisch orientierte Rationalisierungsstrategie, die auf dem Einsatz sowjetischer Technologien beruhte: „Dessen sofortige Konsequenz war der Auf- und Ausbau einer kapitalintensiven Landwirtschaft mit jedes Mal gigantischer werdenden Produktionseinheiten unter einer starken vertikalen Verwaltung.“ (Figueroa 1996: 11, Übersetzung durch den Autor). Diese Agrarproduktion orientierte sich weniger an sowjetischen Vorbildern; sie ähnelte mit ihrem intensiven Einsatz von Maschinen, Pestiziden, Düngemitteln etc. sowie ihren großen Anbauflächen eher der hochkapitalisierten US-Agrarindustrie und der „grünen Revolution“ Indiens. Sie wies sich aber gleichzeitig als typisch sozialistische, nämlich extensive Produktionsform aus: Produktionssteigerungen konnten meist nur über höhere Inputs erzielt werden und der Sektor war immer stärker von chronischer Ineffizienz und Wachstumschwäche gekennzeichnet; die unrentablen Agrarbetriebe verwandelten sich in ein Subventionsgrab des Staates. Trotz enormer Bemühungen erreichte der landwirtschaftliche Pro-Kopf-Ausstoß Kubas erst Anfang der 1980er Jahre wieder das vorrevolutionäre Niveau. Und obwohl zwischen 1960-1990 ein Viertel aller auf der Insel getätigten Investitionen in die Landwirtschaft flossen, erreichte diese nie das landwirtschaftliche Produktionsniveau vergleichbarer Nachbarländer. Diese Situation hat sich bis heute wenig geändert (zu der aktuellen Produktivitätsentwicklung der kubanischen Landwirtschaft vgl. García Álvarez 2012) und spiegelt sich auch in der Versorgung wieder: die libreta, die Lebensmittelkarte der schon 1962 eingeführten Rationierung wurde nie aufgehoben und ist bis heute ein Wahrzeichen der Revolution.

Die sozialistische Regierung versuchte schon damals, ihre landwirtschaftlichen Misserfolge durch Importe zu kompensieren. Doch auch diese Politik ging auf Kosten der Landwirtschaft: Lange Zeit wurde der Großteil der Einfuhren mit Zuckereporten finanziert, darum wurden die Anbauflächen für Rohrzucker immer weiter ausgedehnt. 1989 waren nur noch 43% der Agrarpro-

duktion für die nationale Eigenversorgung bestimmt, dies entsprach 0,14 Hektar Anbaufläche pro Kopf. Damit wurde auf der Insel für die eigene Lebensmittelversorgung proportional weniger Fläche kultiviert als in Indien. Schon ab den 1980er Jahren wurden 50% der Binnennachfrage an Lebensmitteln über Importe gedeckt (Figueras 1994). Kuba wurde in der Ernährungsfrage stark abhängig – eine Bedrohung, die in der aktuellen Krise wieder an Schärfe gewinnt.

So gelang es der Agrarpolitik der Revolution trotz immenser Subventionierungen und Industrialisierung nicht, die Landwirtschaft der Insel von ihrem unheilvollen Erbe zu befreien und von ihren beiden chronischen Leiden zu heilen: die Abhängigkeit sowohl von produktiven wie von konsumtiven Importen blieb genauso erhalten wie der Arbeitskräftemangel auf dem Land. Letzterer verschärfte sich sogar weiter: Seit der Revolution hat die Landarbeit deutlich an Prestige verloren und die ländliche Bevölkerung ist auf 25% der Gesamtbevölkerung gesunken; Kuba hat heute einen der stärksten Urbanisierungsgrade Lateinamerikas.

Als sich Anfang der 1990er Jahre mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus Kubas Außenhandelskrise anzukündigen begann, wurde eine effiziente Landwirtschaft für die Versorgung existentiell. Die Regierung sah sich gezwungen, in einem erneuten Versuch die Strukturprobleme ihres Agrarsektors zu bekämpfen und intensivierte ein schon 1989 eingeleitetes landwirtschaftliches Aktionsprogramm (plan alimentario). Dabei wurden allerdings keine Lehren aus dem Scheitern der bisherigen Agrarpolitik gezogen. Das zentralisierte Produktionssystem wurde vielmehr ausgedehnt – allein zwischen 1989-1993 kaufte der Staat rund 10.000 kleinbäuerliche Betriebe auf, der staatliche Landwirtschaftsanteil wuchs auf 83% an (Figueras 1996). Die erwarteten Importverluste sollten mit einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durch die Anwendung neuer Techniken und den verstärkten Rückgriff auf Arbeitskräfte ersetzt werden. Doch die ehrgeizigen Ziele ließen sich nicht einmal annähernd realisieren: die für eine mechanisierte Bearbeitung sehr groß angelegten Anbauflächen konnten mit den wesentlich gerin-

geren Mitteln – die nach offiziellen Angaben ab 1992 auf ein Fünftel der bisherigen Einsatzfaktoren abgesunken waren – nicht ausreichend kultiviert werden. Auch die zentralen Planungsinstanzen waren kaum noch in der Lage, das Kommen und Gehen der Massen und die Verteilung der geernteten Lebensmittel zu koordinieren. So erreichte von der landwirtschaftlichen Produktion erwiesenermaßen nur ein Drittel der Erntemenge auch die staatlichen Läden. Ein Drittel verrottete unterwegs oder ging sonst wie verloren, ein Drittel wurde für den Schwarzmarkt abgezweigt. Vier Jahre nach seinem Beginn musste das Programm als einer der größten Misserfolge der kubanischen Wirtschaftspolitik bezeichnet werden, dessen Ergebnis eine hochsubventionierte Landwirtschaft mit stetig sinkenden Erträgen war. Eine kubanische Untersuchung kam zu dem resignierenden Schluss, dass der produktive Output des „Plan Alimentario“ nur einem Zwölftel von dem entsprach, was vorher investiert wurde: „Mit dem Plan Alimentario scheiterte der Grundpfeiler der staatlichen Wirtschaftsstrategie im Bereich der Binnenökonomie.“ (Mesa-Lago 1994:70, Übersetzung durch den Autor).

Dieses Scheitern provozierte eine traumatische Versorgungskrise, die aufgrund der Devisenknappheit der Insel auch nicht mehr über Importe abgedeckt werden konnte. Spätestens ab 1993 war die Grundversorgung der Inselbewohner nicht mehr gesichert. Die Bevölkerung konnte einer drohenden Mangelernährung nur noch durch das Ausweichen auf einen Schwarzmarkt entgehen, der ebenso rasch wuchs wie die Unzufriedenheit der Kubaner. Die Zuspitzung der Versorgungslage war nur noch durch einen grundlegenden Strukturwandel in der Landwirtschaft zu entschärfen. Die Zeit war reif für eine neue Agrarpolitik.

### **Die letzte Agrarreform des 20. Jahrhunderts: Kooperativismus ohne Kooperativen**

Im September 1993 leitete die Revolutionsführung ein neues Kapitel in der Agrargeschichte Kubas ein: Die Anbauflächen der Zucker- und der Agrarbetriebe sollten in überschaubare Einheiten

aufgeteilt und unbefristet an selbstverwaltete Kooperativen, sogenannte „unidades básicas de producción cooperativa“ (UBPCs) verpachtet werden. Mit dieser gelegentlich als „Dritte Agrarreform“ bezeichneten Maßnahme fand in Kuba mit mehr als dreißigjähriger Verspätung eine erste größere Dezentralisierung der Landwirtschaft statt. Der Kooperativierungsprozess wurde angesichts der Versorgungskrise vehement vorangetrieben, ab 1996 kontrollierten die Kooperativen in Kuba rund 40 % der Anbauflächen, 90 % der Zuckerproduktion und 60 % der landwirtschaftlichen Produktion (Valdés 2009). Heute wird circa eine Million Hektar landwirtschaftliche Fläche von 2.000 Kooperativen und über 100.000 Einzelbauern bewirtschaftet (Bu Wong/Fernandez Dominguez 2013).

Die Regierung wollte mit dieser Dezentralisierung die Fehlentwicklungen auf dem Lande korrigieren. Konkrete Ziele waren eine signifikante Erhöhung der Agrarproduktion, eine Reduzierung der Produktionskosten, die Eingliederung neuer Produzenten in der Landwirtschaft, die Stabilisierung der Arbeitskräftefluktuation, die Verbesserung des ländlichen Lebensstandards durch Wohnbaumaßnahmen und einer Expansion der sozialen Dienste sowie der Subventionsabbau im Agrarsektor. Grundsätzlich sollten die kleineren Anbauflächen dem gesunkenen Einsatz der Ressourcen gerechter werden und Innovationen und Arbeitsleistung als produktivitätssteigernde Kräfte betonen. Dadurch sollte die Lebensmittelproduktion spürbar angehoben und die Importsubstitution letztendlich doch noch zum Tragen kommen. Zusätzlich hatte die Kooperativierung eine wichtige politische Bedeutung. Da sie mindestens ein Fünftel der Bevölkerung direkt begünstigte, sollte sie gleichzeitig die soziale und politische Legitimationsbasis der Regierung stabilisieren.

Formal dürfen die Mitglieder der Kooperativen die Nutzung ihres Landes zum großen Teil autonom gestalten, sie wurden zu den neuen Landbesitzern Kubas. Die Kooperativen haben über alle Produktionsmittel, die sie kaufen und über staatliche Kredite finanzieren, über die eigene Arbeitsorganisation wie auch über die Beschäftigungspolitik ein volles Selbstbestimmungsrecht.

Gleichzeitig wurden die Entscheidungsstrukturen innerhalb der Kooperativen demokratisiert. Im Widerspruch zu diesen Freiräumen hatte es sich der kubanische Staat vorbehalten, das letzte Wort über die neuen Kooperativen zu sprechen. Das Land wurde nicht über Eigentumstitel an die Kooperativen übertragen, sondern an diese verpachtet. Und mit dem bis heute gültigen Recht „der Auflösung jeder UBPC ... aufgrund von der Regierung festgelegter Interessen“ (Gaceta Oficial de Cuba 1993:2, Übersetzung durch den Autor) bewahrt sich der Staat starke Interventionsmöglichkeiten, die nicht an genaue Kriterien gebunden sind, jederzeit angewendet werden können und wie eine unausgesprochene Drohung im Raum stehen.

Die den Kooperativen vorgeordnete Instanz ist die noch mächtige Verwaltung der ehemaligen Staatsbetriebe; die Allokation und die Kommerzialisierung wird hauptsächlich vom Agrarministerium reguliert. Die Kooperativen selbst können keine Produktionsmittel (Saatgut, Düngemittel etc.) frei ankaufen, sondern sind auf staatliche Zuweisungen – oder den Schwarzmarkt – angewiesen. Ein investitionsförderndes Kreditwesen existiert nicht. Weitere wichtige Begrenzungen der kooperativen Autonomie bestehen im staatlichen Weisungsrecht über die Wahl der anzubauenden Agrarkulturen und im staatlichen Monopol über Vermarktung und Preise. So wurden und werden die Kooperativen gezwungen, einen Großteil ihrer Produktion zu staatlichen Niedrigpreisen zu verkaufen. Mit dieser Preispolitik ereilt die kubanischen Kooperativen das gleiche Schicksal vieler Bauern im Globalen Süden: Durch die schlechte Bezahlung für ihre Produkte subventionieren sie indirekt die Lebensmittelversorgung der Städte.

Das ursprüngliche Ziel bei der Gründung der UBPCs, die Arbeit zu intensivieren und so die Produktivität zu erhöhen, wurde und wird von solchen schiefen Verhältnismäßigkeiten unterminiert. Erschwerend kommt hier noch die ausbleibende Unterstützung von Infrastrukturmaßnahmen wie Transport- und Vermarktungshilfen dazu, die den Kooperativen den Zugang zu den freien Bauernmärkten erschließen würde, auf denen sie seit 1994 einen Anteil ihrer Produkte

verkaufen dürfen. So ist es vielen Genossenschaften bis heute nur begrenzt möglich, zu dieser lukrativen Einkommensquelle aufzuschließen. Ein weiteres zentrales Problem für die Agrargenossenschaften ist das Fehlen einer eigenen Interessenvertretung: die Kooperativmitglieder sind im zentralen kubanischen Gewerkschaftsbund CTC organisiert und werden vom Landwirtschaftsministerium verwaltet. Sie haben keine Möglichkeiten eines selbst organisierten Erfahrungsaustausches und von gemeinsamen politischen Stellungnahmen – von einer Vertretung in der Öffentlichkeit einmal ganz abgesehen.

Aufgrund dieses Spannungsfeldes zwischen staatlicher Bevormundung und kooperativer Autonomie sind die kubanischen Agrargenossenschaften im Grunde ein Mischsystem, das mit Blick auf die Unternehmensführung, Allokation, Kommerzialisierung, etc. als Hybrid zwischen Staatsbetrieb und selbstverwalteter Kooperative bezeichnet werden muss. Insgesamt ist der Kooperativierungsprozess damit auf halbem Wege stecken geblieben (Überblick: Burchardt 2000). Dementsprechend sind die bisherigen Ergebnisse der Genossenschaften entmutigend. Ein Großteil arbeitet bis heute unproduktiv und muss durch staatliche Subventionen über Wasser gehalten werden. Dieses ganze Drama der kubanischen Landwirtschaft lässt sich durch wenige Zahlen darstellen: Obwohl staatliche Betriebe und Genossenschaften knapp 80 % der landwirtschaftlichen Fläche bewirtschaften, werden heute fast zwei Drittel aller in Kuba produzierten Lebensmittel von den Privatbauern hergestellt, die über den Rest der Nutzfläche verfügen (Sweig/Bustamante 2013).

## **Die Zukunft Kubas ist genossenschaftlich – oder gar nicht**

Kubas Zukunft wird in der Landwirtschaft entschieden: Einerseits garantiert eine Stabilisierung des Agrarsektors durch strukturellen Wandel – also relativ ressourcenneutral – eine effizientere Lebensmittelproduktion. Die dadurch möglich werdende Importsubstitution würde einen signifikanten Teil an Devisen (zurzeit circa zwei Mrd. US-Dollar jährlich) freisetzen, die für wich-

tige Entwicklungsinvestitionen genutzt werden könnten. Gleichzeitig schafft eine sichere Versorgungsgrundlage ein stabiles Fundament für weitere Reformen. Dies hätte auf eine Gesellschaft, die seit einem Vierteljahrhundert in einer Dauerversorgungskrise lebt, eine starke Signalwirkung. Zusätzlich kann in der Landwirtschaft ein großes Arbeitskräftereservoir erschlossen werden, das bei weiteren Wirtschaftsreformen drohende Beschäftigungskrisen abfedert.

Werden solche Maßnahmen stark von Kooperativen getragen, hätte dies nicht nur positive ökonomische Effekte. Ein einflussreicher Genossenschaftssektor würde für die erforderlichen Transformationen die nötige gesellschaftsübergreifende Akzeptanz schaffen helfen und somit die politische Entwicklung insgesamt stabilisieren. Denn in die landwirtschaftlichen Kooperativen ist in Kuba ein Fünftel aller Erwerbstätigen involviert, also eine relativ breite Bevölkerungsgruppe. Diese gesellschaftliche Gruppe könnte die Durchsetzung von Einzelinteressen politisch oder ökonomisch einflussreicher Minderheiten, wie sie in den staatssozialistischen Transformationsgesellschaften – und nicht nur dort – immer wieder zu beobachten ist, deutlich erschweren. Eine erfolgreiche Kooperativierung wäre ein unüberwindliches Bollwerk gegenüber einer Bereicherung von Wenigen und würde bei Konflikten zwischen Land- und Stadtinteressen ein eindeutiges Gewicht haben. Nicht zuletzt würde eine Demokratisierung der Wirtschaft auch auf die Demokratisierung der Politik Einfluss haben.

Die Stärkung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens hat aus diesen Gründen an vorderster Stelle zukünftiger Reformbemühungen Kubas zu stehen (Piñeiro Harnecker 2011). Der hohe Institutionalierungsgrad der Agrarkooperativen begünstigt diesen Prozess ebenso wie die Existenz einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft, die heute wirtschaftlich bereits wieder sehr erfolgreich ist. Zentral ist hierbei sicherlich die bisher sensibel behandelte Eigentumsfrage. Wer aber Privatisierung und erneute Landkonzentration vermeiden möchte, muss auf Genossenschaften setzen. Die Lehren des jugoslawischen Modells hingegen haben gezeigt, dass nur

ein Nutzungsrecht an Produktionsmitteln (Besitz bzw. Pacht) der vollen Verfügungsgewalt (Eigentum) unterlegen ist. Für die Landwirtschaft, in der die Bindung der Produzierenden mit der Erde entscheidend ist, trifft dies besonders zu. Die aktuell hohe Produktivität der kubanischen Privatbauern unterstreicht deutlich, dass dies auch auf der Karibikinsel gilt. Die kubanischen Agrargenossenschaften müssten darum Eigentümer ihres Landes werden. Über eine demokratische Verfasstheit der Genossenschaften selbst sowie eine strikte staatliche Regulierung des Handels mit Eigentums- bzw. Landtiteln können hierbei eine neue Eigentumskonzentration oder die Auswüchse von Privatisierungen, wie sie anderorts zu beobachten sind, leicht verhindert werden.

Parallel dazu hat die bisherige staatliche Bevormundung der Kooperativen in eine flankierende Unterstützung in den Bereichen Infrastruktur und produktionsbezogene Dienstleistungen zu münden. Zusätzlich müssen betriebswirtschaftliche und landwirtschaftliche Kenntnisvermittlung über breit zugängliche Schulungen öffentlich gefördert werden – nach jüngeren Zahlen hat mehr als die Hälfte der neuen Pachtbauern keine vorherige landwirtschaftliche Erfahrung. Weiterhin muss die unternehmerische Entscheidungsfreiheit im Feld der Produktion, Beschäftigung und Preisgestaltung gestärkt werden. All dies ist durchaus sozialverträglich gestaltbar: Die graduelle Abschaffung der staatlichen Niedrigpreise kann durch die Umschichtung von Lebensmittelsubventionen auf direkte Einkommensbeihilfen kompensiert werden, bis sinkende Preise aufgrund wachsenden Angebots Lebensmittel für alle erschwinglich machen. Mittels Unterstützung in Transport und Logistik lässt sich für die Kooperativen das Tor zu den Binnenmärkten weit öffnen und sie würden Einkommensquellen erschließen, dank der sie rasch auf Subventionen verzichten können, welches wiederum den Staatshaushalt entlastet. Zu der kooperativen Selbstverwaltung muss auch eine partielle Entscheidungsautonomie über Kooperationsabkommen mit dem Ausland sowie die faktische Möglichkeit einer exportorientierten Produktion und Vermarktung gehören. Über staatliche Maßnahmen

wie eine intelligente Steuerpolitik sowie eine fördernde, aber auch fordernde Zoll- und Außenhandelspolitik können hierbei vorhandene produktive Kräfte unterstützt, neue aufgebaut und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zugunsten einer ökonomischen Diversifizierung erhöht werden.

Für einen erfolgreichen Genossenschaftssektor ist aber auch eine größere politische Autonomie unerlässlich. Selbstbestimmung und demokratische Lenkung sind entscheidende Schlüssel für den Erfolg des Genossenschaftswesens. Wenn kollektiven Besitzern ihre eigene Autonomie und Besitzern, die gleiche unter gleichen sind, demokratische Mitbestimmung fehlt, funktioniert der Kooperativismus nicht. Auch hier ist der Rückzug des Staates, mehr Rechtssicherheit und der Aufbau eigener Organisationsstrukturen gefragt, was letztendlich in eine breite öffentliche Kultur des Kooperativismus münden müsste. Denn ein neuer Kooperativierungsprozess darf sich nicht nur an ökonomischen Effizienzkriterien orientieren, sondern muss auch politisch und kulturell aktiv gefördert werden. Eine Schlüsselposition haben hier die Beziehungen zwischen den Genossenschaften und den Kommunen, die zu neuen „local economies“ heranwachsen und die Keimzelle einer neuen Demokratisierung der kubanischen Gesellschaft und Wirtschaft sein könnten. Eine Re-Regionalisierung wirtschaftlicher Aktivitäten ist zusätzlich die beste Voraussetzung für ein ökologisch nachhaltiges Wirtschaften. Und in der ökologischen Landwirtschaft haben die kubanischen Bauern längst ihre Hausaufgaben gemacht: Hier wurde aufgrund mangelnder Ressourcen die Not zur Tugend und sorgte dafür, dass die kubanische Landwirtschaft in vielen Bereichen zu den ökologisch nachhaltigsten Produktionsformen gehört, die wir heute im Agrarbereich finden. Auch dies könnte sich mittelfristig zu einem internationalen Wettbewerbsvorteil entwickeln.

Insgesamt kann so ein dezentrales Mischmodell entstehen, bei dem bei Erhalt strategisch wichtiger Staatsbetriebe eine graduelle „Entstaatlichung“, Kollektivierung oder auch Privatisierung mittlerer und kleinerer Betriebe sowie die Einrichtung eines reinen Privatsektors durch

eine kluge Kleingewerbe- und Mittelstandsförderung einhergehen (Ritter/Henken 2015). All dies hätte allerdings keine Chancen auf Umsetzung, wenn nicht der Staat die zentralen Leitplanken für die weitere Entwicklung setzt. Dazu gehören nicht nur konsistente Wirtschafts-, Agrar-, Fiskal-, Geld- und Außenhandelspolitiken. Eine weitere Voraussetzung ist die nachhaltige Sicherung der kubanischen Sozialsysteme. Diese sind nicht nur ein stabilisierendes Element für den Erhalt des sozialen Konsenses während der kritischen Phasen des Umbruchs. Sie sind auch ein bedeutsamer Standortvorteil Kubas und wichtige Basis für jede weitere Entwicklung. Dank einer immer noch relativ guten Gesundheitsversorgung sowie Zugang zu Wasser und Sanitäranlagen (über 90% Prozent der Bevölkerung), einer breiten und soliden Schulbildung (durchschnittlich 11,5 Jahre) und weiterer positiver Sozialindikatoren erfreut sich die kubanische Bevölkerung auch nach mehr als zwei Jahrzehnten Wirtschaftskrise einer hohen Lebenserwartung von durchschnittlich fast 80 Jahren und lag 2015 beim Index für menschliche Entwicklung (HDI) auf Rang 67 (UNDP 2015). Die Kubaner gehören auch heute zu der mit am besten ausgebildeten Bevölkerung des Globalen Südens, die sozial immer noch relativ gut versorgt ist. Sie verfügen somit über alle Voraussetzungen, sich den Wagnissen des anstehenden Wandels agil und konstruktiv zu stellen. Darum dürfen soziale und öffentliche Dienste auch zukünftig nicht marktmäßig organisiert werden. Vielmehr besteht weiterhin ein zentraler Regulierungsbedarf und ein hohes Gestaltungspotential des Staates, der die sozialen Integrationsprozesse der Gesellschaft sichern muss und der über die Förderung des Gesundheits- und des Bildungssystems gleichzeitig auch nachhaltig in die Zukunft investiert. Kuba hat also auch bei nüchternem Blick alle Potenziale für ein Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell, welches einen starken Staat mit einem starken Genossenschaftsanteil verbindet und in dem sich effiziente Produktionskooperativen, soziale Kohäsion und nachhaltige Entwicklung gegenseitig ergänzen und potenzieren.

## Schluss

Die Betrachtung der Geschichte und Gegenwart der kubanischen Landwirtschaft macht klar: Ihre Misere ist politisch begründet. Und sie kann auch nur politisch gelöst werden. Mit Blick auf die Leitlinien der Regierung scheint durchaus Problembewusstsein und politischer Willen vorhanden zu sein: Die Reaktivierung der landwirtschaftlichen Produktion wurde bereits 2011 zur Priorität erklärt und Genossenschaften eine besondere Bedeutung zugesprochen. Ende 2012 erfolgte eine weitere Gesetzgebung, die Kooperativen erstmals auch im Bereich Dienstleistungen und Einzelhandel zugelassen hat. Seitdem gibt es zahlreiche neue Initiativen in der Bauwirtschaft, der Gastronomie, dem Internet, aber auch kooperative Zusammenschlüsse von Architekten, Buchhaltern, Consultants sowie Transportkooperativen. 2014 waren knapp 500 solcher neuer Kooperativen genehmigt worden, davon sind ein Viertel aus individueller bzw. kollektiver Eigeninitiative entstanden (Ferrera Palenzuela/Garcia Callava 2015). Der VII. Parteikongress von April 2016 hat diese Reformen erneut bestätigt, allerdings keine weiteren Maßnahmen zur Dynamisierung des Prozesses beschlossen (Ganter 2017).

Eine genauere Betrachtung macht rasch deutlich, dass diese Politik weiterhin keiner kohärenten Strategie der Genossenschaftsförderung folgt. Institutionelle staatliche Flankierungen wie die Einrichtung von Großhandelsmärkten, Investitionsförderung, Schulungen, Gewährleistung von Rechtssicherheit etc. bleiben aus. So profitieren die meisten Kooperativen bisher vor allem von einem aus Mangel erstandenen Nachfrageüberhang. Sie sind zum größten Teil wenig produktiv und haben häufig Subsistenzcharakter. Ihr Rechtsstatus ist fragil, ihr Erfolg hängt vom Wohlwollen des Staates ab. Eine erfolgreiche Konsolidierung des kubanischen Genossenschaftswesens macht aber makroökonomische und politische Veränderungen erforderlich, die mehr autonome Selbstverwaltung gewähren und gleichzeitig über die betriebliche Ebene hinausgehen. Solche Maßnahmen wurden bisher nicht eingeleitet, denn sie widersprechen der weiter gültigen staatssozialistischen Systemlogik von



der letzten Entscheidungskompetenz der Zentrale. Die Förderung des Kooperativismus ist darum primär nicht eine technische Frage, wie sie heute auf der Insel diskutiert wird. Sie ist eine immanente politische Frage: Die Frage nach der Macht.

Ob die politische Elite Kubas begreift, dass sie Macht abgeben muss, um ihre Macht zu erhalten, und ob sie überhaupt noch in der Lage ist, eine solche Erkenntnis in einen konsistenten und sozial verträglichen Reformprozess münden zu lassen, ist von außen nicht zu beantworten. Sollte dies nicht der Fall sein, würde Kuba bis zur letzten Konsequenz dem Weg anderer staatssozialistischer Länder folgen. Liberalisierung und Privatisierungen würden vor allem Partikularinteressen einiger Weniger begünstigen und die bekannten Verwerfungen provozieren: Kuba würde vermutlich zu einer außenwirtschaftlichen Enklave mit wenigen „cash crops“ zugeschnitten. Die geografischen, ethnischen, geschlechtsspezifischen sowie sozialen Disparitäten würden sich dramatisch erhöhen. Wir würden Zeugen, wie sich schon zerronnene Geschichte vor unseren Augen wiederholt.

Als Alternative könnte Kuba immer noch unter Beweis stellen, dass eine gesellschaftliche Organisationsform möglich ist, die auf einer Pluralität der Eigentumsformen – mit einem starken genossenschaftlichen Fundament und strategischen staatlichen Betrieben – fußt und bei der ein demokratischer und dezentraler Staat über Investitionslenkung, die Regulierung des Binnenmarktes sowie des Außenhandels, über allgemein zugängliche öffentliche Sozialsysteme und durch aktive Umweltpolitik ein neues Entwicklungsmodell aufbaut, welches zu wirtschaftlicher Effizienz, sozialer Integration und Partizipation sowie ökologischer Nachhaltigkeit führt.

Die neuesten Veränderungen der Weltpolitik unterstützen eine solche Initiative mehr als es auf den ersten Blick erscheint: Kuba wurde bisher immer als „natürliches“ Einflussgebiet des Hegemons USA angesehen. Die Mexiko-Politik der aktuellen Trump-Administration deutet darauf hin, dass sich die nordamerikanische Lateinamerika-Strategie seit langer Zeit erstmals neu ausrichten könnte. Kuba wiederum hat mit den jün-

geren politischen Veränderungen Lateinamerikas (Burchardt 2016) viele Bündnispartner verloren; bedeutsam war hier besonders die wirtschaftliche Kooperation mit Venezuela. Mit dem Wegbrechen dieser Unterstützung ist die EU heute der wichtigste Handelspartner der Insel. Hier eröffnet sich der Raum für ein neues europäisches Engagement, welches mit dem 2016 abgeschlossenen Dialog- und Kooperationsabkommen bereits einen guten Auftakt erfuhr. Als nächstes könnte die Insel auch institutionell stärker an die EU gebunden werden, z. B. durch die Einbeziehung in das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit der Karibik, über intensivere Entwicklungszusammenarbeit sowie mehr Kooperation in Kultur und Wissenschaft. Die lange Tradition der Zusammenarbeit mit Deutschland – verbreitert durch den intensiven Austausch mit der ehemaligen DDR – wiederum wäre ein exzellenter Ausgangspunkt für das deutsche Genossenschaftswesen, mehr Engagement auf der Insel zu zeigen. Politisch zurückhaltend, aber technisch versiert, erfahren und kenntnisreich könnte so ein Beitrag geleistet werden, die Idee des Genossenschaftswesens als gesellschaftliche Alternative zu revitalisieren – und dies weit über die Insel hinaus.

## Literatur

- Aranda, Sergio (1968): La revolución agraria en Cuba, Mexiko.
- Bu Wong, Angel /Fernandez Dominguez, Pablo (2013): Agriculture: Historical Transformations and Future Directions, in: Al Campbell (Hg.), Cuban Economists on the Cuban Economy, Gainesville: University Press of Florida, 2013, S. 270-291.
- Burchardt, Hans-Jürgen (2016): Zeitenwende? Lateinamerikas neue Krisen und Chancen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 39/2016, 4-9.
- Burchardt, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2000): La última reforma agraria del siglo, Caracas.
- Ferrera Palenzuela, Lisandra / Garcia Callava, Ivette (2015): Perspektiven des Kooperativenwesens innerhalb der Erneuerung des kubanischen ökonomischen Modells, in: Informationsbüro Nicaragua: Rum oder Gemüse, nahua script Nr. 16: 39-54.
- Figueras, Miguel (1994): Aspectos estructurales de la economía cubana, Havanna.
- Figueroa, Victor (1996): El nuevo modelo agrario en Cuba bajo los marcos de la reforma económica, in: Equipo de Estudios Rurales (EER): UBPC – desarrollo rural y participación, Havanna, S. 1-45.
- Gaceta Oficial de la República de Cuba (1993): Decreto-Ley 142 del Consejo de Estado. Sobre las unidades básicas de producción cooperativa, Nr. 6. 21.9.1993.
- García Álvarez, Anicia (2012): Cuba's Agricultural Sector and Its External Links, in: Jorge I. Domínguez/Omar Everleny Pérez Villa-

- nueva/Mayra Espina Prieto/Lorena Barbería (Hg.), Cuban Economic and Social Development. Policy Reforms and Challenges in the 21st Century, Cambridge, Mass./London 2012, S. 137-192.
- Ganter, Sarah (2017): In Kuba bleibt alles anders, Internationale Politikanalyse, FES, Februar 2017, [<http://library.fes.de/pdf-files/iez/13178.pdf>], aufgerufen am 28.02.2017.
  - Mesa-Lago, Carmelo (1994): Ist Kuba auf dem Weg zur Marktwirtschaft? Probleme und Perspektiven der kubanischen Wirtschaftsreform, in: Hoffmann (Hrsg.): Wirtschaftsreformen in Kuba. Konturen einer Debatte, Frankfurt, S. 67-103.
  - Piñero Harnecker, Camila (Hg.) (2011): Cooperativas y Socialismo: Una mirada desde Cuba, Havana: Ed. Caminos.
  - Ritter, Archibald R.M. / Henken, Ted A., (2015): Entrepreneurial Cuba. The Changing Policy Landscape, Boulder/Col.
  - Sweig, Julia E./ Bustamante, Michael J. (2013): Cuba after Communism. The Economic Reforms That Are Transforming the Island, in: Foreign Affairs, 92 (2013) 4, S. 101-114.
  - UNDP (United Nations Development Program) (2015): Human Development Report 2015, New York.
  - Valdés Paz, Juan (2009): Procesos de organización agraria en Cuba 1959-2006.
  - Zeuske, Michale (2016): Kleine Geschichte Kubas, München: Beck Verlag.
  - Zeuske, Michael (2015): Sklavenhändler, Negreros und Atlantikreolen. Eine Weltgeschichte des Sklavenhandels im atlantischen Raum, Berlin/Boston: de Gruyter Oldenbourg.

## Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung



Seit mehr als 40 Jahren sichert die Stiftung das regelmäßige Erscheinen der „Zeitschrift für Sozialökonomie“. Inzwischen kamen weitere Aufgaben hinzu wie die Förderung von Tagungen und Veröffentlichungen aus dem Bereich der Geld- und Bodenreform sowie der Aufbau eines eigenen Archivs, das als Sondersammlung in die Bibliothek der Universität Oldenburg integriert ist.

Die Stiftung konnte schon bisher diese Aufgaben nur dank einiger Vermächtnisse und Spenden erfüllen. Die finanziellen Zuflüsse der letzten Jahre reichen jedoch angesichts wachsender Aufgaben in schwieriger werdenden Zeiten nicht aus, um die Fortführung dieser Tätigkeiten auf mittlere Sicht zu gewährleisten. Es wäre fatal, wenn gerade in einer Zeit, in der die Geld- und Bodenreformbewegung erfreulicherweise wieder mehr Beachtung findet, die Stiftung ihre fördernde und manches wichtige Projekt erst ermöglichende Tätigkeit nicht wenigstens im bisherigen Umfang fortsetzen könnte. Die Stiftung ist deshalb auf weitere Spenden, Zustiftungen und letztwillige Verfügungen angewiesen.

Ass. jur. Fritz Andres – 1. Vorsitzender  
Dhauner Str. 180, 55606 Kirn/Nahe | Tel. + Fax: 06752 - 24 27  
[www.stiftung-geld-boden.de](http://www.stiftung-geld-boden.de)

Bankverbindung bei der GLS-Gemeinschaftsbank  
BLZ 430 609 67 | Konto-Nr. 102 33 00  
IBAN: DE59 4306 0967 0001 0233 00 | BIC: GENODEM1GLS